Wohnprojekt für geflüchtete Kinder

STADTRAT Erlangen will Minderjährige unterstützen und ihnen langfristig Perspektiven bieten.

ERLANGEN – In Erlangen treffen regelmäßig geflüchtete Kinder und Jugendliche ohne Begleitung ein. Die Mitglieder des Stadtrats sind sich einig: Die Unterstützung und der Aufbau langfristiger Perspektiven für minderjährige Geflüchtete muss vorangetrieben werden.

Nach Schätzungen von UNICEF waren Ende 2021 weltweit 36,5 Millionen Kinder aus ihrer Heimat vertrieben – die höchste Zahl seit dem Zweiten Weltkrieg. Auch in Erlangen treffen immer wieder geflüchtete Kinder und Jugendliche ohne Begleitung ein. Momentan werden 26 Kinder und Jugendliche versorgt, aber in Anbetracht der aktuellen Weltlage geht das Stadtjugendamt von deutlich steigenden Zahlen aus.

Große Einigkeit

Große Einigkeit herrschte daher in der letzten Sitzung des Jahres im Stadtrat, dass die Unterstützung und der Aufbau langfristiger Perspektiven für minderjährige Geflüchtete vorangetrieben werden muss.

Grünes Licht gab es gleich für zwei Projekte, die das Stadtjugendamt einbrachte: Zusammen mit den Nachbarstädten soll eine Einrichtung für unbegleitete minderjährige Geflüchtete in Nürnberg aufgebaut werden und zum anderen soll in Erlangen eine dauerhafte Jugendhilfeeinrichtung in Betrieb gehen. Je nach Bedarf sollen hier Wohngruppen oder Verselbstständigungsprojekte für junge Menschen geschaffen werden.

In Anbetracht des Ukraine-Krieges hat sich das Stadtjugendamt vor allem auf die Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten aus der Ukraine vorbereitet. Bislang sind diese Minderjährigen aber vorwiegend in Begleitung ihrer Familien angekommen.

Weitestgehend unbekannt in der Öffentlichkeit ist hingegen die ebenfalls steigende Anzahl von geflüchteten Kindern und Jugendlichen aus Afghanistan, Somalia oder Syrien, die ohne Begleitung in der Hugenottenstadt ankommen. Aus welchem Land ein Jugendlicher tatsächlich kommt, wie er heißt, in welcher Sprache man mit ihm kommunizieren kann – das alles muss durch die zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung in kürzester Zeit geklärt werden.

Nicht zuletzt ist auch die Frage entscheidend, ob der Jugendliche wirklich minderjährig ist und wer sich als Vormund künftig um seine Belange kümmern kann. Dieses sogenannte "Clearing" bedeutet einen enormen Mehraufwand in einem ohnehin überlasteten Jugendhilfesystem. Betreute Wohngruppen in denen geflüchtete Kinder und Jugendliche professionelle Unterstützung erhalten um traumatische Erfahrungen aufzuarbeiten und Zukunftsperspektiven zu entwickeln, sind aufgrund des Fachkräftemangels schlecht verfügbar.

Fehlende Fachkräfte

Für die Jugendämter wird der Mangel an geeigneten Betreuungsplätzen und Fachkräften zunehmend zum Problem: So sollen sie Reserven vorhalten um auf "unvorhergesehene Bedarfe schnell zu reagieren", wie es der Gesetzgeber fordert. Die Aufgabenstellung ist geradezu paradox: In der Regel übernimmt ein freier Träger der Jugendhilfe die Betreuung und Versorgung der jungen Menschen und verrechnet dem zuständigen Jugendamt dafür einen Tagessatz. Ist aber ein bereitgehaltener Platz nicht belegt, können auch keine Kosten erstattet werden.

Der Sozialreferent der Stadt, Dieter Rosner, sieht hier eine fatale Finanzierungsmechanik am Werk. "Das wäre so, als ob wir die Feuerwehr nur für das Löschen von Bränden bezahlen würden. Dabei hat auch die Jugendhilfe im übertragenen Sinne kurzfristig Brände zu löschen und sollte dafür über entsprechende Bereitschaftskapazitäten verfügen. Hier muss auf Bundesebene eine andere gesetzliche Regelung geschaffen werden, um die Kommunen und Träger der Jugendhilfe besser zu unterstützen", so Rosner.

Bis es soweit ist, sind engagierte Kommunen gefragt, die in Partnerschaft mit freien Trägern der Jugendhilfe ein flexibles Hilfesystem aufbauen, das auch kurzfristig auftretende Krisen bewältigen kann. In Erlangen sind die passenden Weichen gestellt um damit im kommenden Jahr in Betrieb zu gehen.vnp